



Niederschrift

35. Sitzung Hauptausschuss (gemeinsam mit Planungsausschuss, Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat – zu TOP 2)

6. Dezember 2022, 15:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus Marktplatz

Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

5.

Punkt 5 der Tagesordnung: Weiterentwicklung Soziale Quartiersentwicklung mit aufeinander abgestimmten Fördermodulen

Vorlage: 2022/2062

Beschluss:

Kenntnisnahme im Rahmen der Vorberatung für den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf. Es handle sich um eine Vorberatung für den Gemeinderat. Nach der Beratung im Sozialausschuss gebe es eine neue Beschlussvorlage mit der Beschlussziffer 3.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) begrüßt das Konzept und dessen Ziele. Für die Finanzierung der Stadtteilhäuser müssen orientierende Kriterien aufgestellt werden. Auch die Zusammenarbeit von sozialer Quartiersarbeit und Ehrenamt halte man für wichtig. Ihre Fraktion habe in der Sitzung des Sozialausschusses dem Konzept prinzipiell zugestimmt, mit einer Maßgabe, die in die veränderte Beschlussvorlage aufgenommen wurde.

Von der heutigen Behandlung bis zur Behandlung im Gemeinderat sei es eine sehr kurze Zeit. Es gebe noch offene Fragen, beispielsweise, ob die geforderten Module für die Stadtteilhäuser realistisch seien. Bei einem solch umfassenden Konzept gehöre es dazu, dass es im Zuge der Umsetzung kontinuierlich zu Überarbeitungen und Anpassungen kommen werde und dass es ein Prozess sei.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU) meint, einer der wesentlichen Punkte sei die Wiedereinberufung des Begleitgremiums gewesen, was nun in die geänderte Beschlussvorlage aufgenommen

wurde. Allerdings gebe es noch wesentliche andere Punkte, die für ihre Fraktion essentiell seien, die man aber auch bei den Trägerinnen und Trägern mitgenommen habe, vor allem die Frage der Flexibilität bei der Raumgestaltung. Im Gemeinderat werde man noch darüber debattieren.

Ihre Fraktion habe noch bestimmte Fragen gestellt. Wichtig sei die schriftliche Beantwortung dieser Fragen. Es gebe noch einiges zu klären. Daher könne man die Vorlage in der heutigen Fassung nicht mitgehen.

Stadtrat Zeh (SPD) kann sich seiner Vorrednerin anschließen. Im Vorfeld der Sondersitzung des Sozialausschusses seien viele Fragen gestellt worden, die noch nicht alle beantwortet werden konnten. Klar sei, dass es nicht in allen Stadtteilen Stadtteilhäuser geben könne. Die Frage sei, was dann passiere. Gestern sei von Bestandsschutz die Rede gewesen. Auch gebe es viele Seniorenzentren, die befürchten, ohne den Mietzuschuss nicht weiterarbeiten zu können. Wie sehe es im Stadtteil vorher, wie sehe es nachher aus? All dies müsse noch schriftlich beantwortet werden. Es müsse alles noch überarbeitet werden. Eventuell benötige man noch etwas Zeit, bis man die Antworten im Januar oder Februar vorliegen habe.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) zeigt sich irritiert. Er habe die Information seines Kollegen aus dem Sozialausschuss erhalten, dass der Punkt abgesetzt sei. Wie sei der weitere Ablauf?

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) ist der Meinung, man solle in 14 Tagen im Gemeinderat diesen grundsätzlichen Beschluss fassen. Alles andere bedeute, dass das Konzept mindestens um ein Jahr verschoben werde.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) erklärt, es habe sich gezeigt, dass es sinnvoll sei, einen Beschluss zu treffen. Ein Begleitgremium werde eingerichtet, welches diesen Prozess begleite. Es sei zugesagt, dass alle Dinge eingearbeitet werden, die gestern im Sozialausschuss besprochen wurden. Ihm sei auch wichtig, dass man nicht nur an einige wenige Bürgerhäuser denke. Perspektivisch müsse man es über ganz Karlsruhe ausbreiten.

Der Vorsitzende entgegnet, er habe Herrn Bürgermeister Lenz so verstanden, dass es die Absprache gab, wie sie jetzt wiedergegeben wurde. Er habe keinen Antrag vorliegen, es von der Tagesordnung zu nehmen. Daher werde es übernächsten Dienstag auf die Tagesordnung des Gemeinderates kommen. Wenn jemand dies anders sehe, könne man es im Vorfeld oder in der Sitzung beraten.

Bürgermeister Lenz führt aus, die Sondersitzung des Sozialausschusses habe auch deshalb stattgefunden, um der Öffentlichkeit die Vorlage vorzustellen. Man habe gesagt, es können Fragen eingereicht werden, die man dann bis zur Sitzung des Sozialausschusses beantworte. Es seien jedoch so viele Fragen eingegangen, dass man diese nicht alle vorher habe beantworten können. Dann habe er zugesagt, alles, was beantwortet wurde, finde sich in der Vorlage wieder. Jetzt habe man noch 14 Tage Zeit, in denen die sozialpolitischen Sprecher*innen sich mit den Fachleuten zusammensetzen können.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU) weist darauf hin, ihre Fraktion habe schriftliche Fragen vorgelegt. Man wünsche sich eine schriftliche Beantwortung dieser Fragen. Den Trägern und den Bürgervereinen seien zwei Punkte wichtig gewesen. Man müsse die Akteure, die sich sehr stark ehrenamtlich einbrächten, mitnehmen und die Sicherheit geben, dass ihre Arbeit

weiterhin bestehen bleibe und es flexibel gehandhabt werden könne. Wenn man dies noch in die Vorlage einarbeite und auch die Fragen beantworte, könne ihre Fraktion der Vorlage im Gemeinderat zustimmen. Sollte dies nicht möglich sein, würde ihre Fraktion beantragen, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen.

Der Vorsitzende sagt zu, alle bekannten Fragen zu beantworten und dem Gemeinderat rechtzeitig zuzusenden. Dann können die Fraktionen entscheiden, ob sie den Punkt absetzen möchten oder nicht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er die Vorberatung der Vorlage fest

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
23. Dezember 2022